

Nachrichten aus Ost- und Mitteleuropa

UNGARN

Deutschsprachige Universität in Ungarn eröffnet

Ende November 2002 wurde in der ungarischen Hauptstadt Budapest die erste deutschsprachige Universität nach dem Zweiten Weltkrieg außerhalb des deutschsprachigen Raums eröffnet. Die *Guyala-Andrássy-Universität* trägt den Namen des Außenministers der österreichisch-ungarischen Monarchie (von 1871 bis 1897), der sich seinerzeit für ein friedliches Mitteleuropa engagierte. Die Universität, deren Gründung auf eine Initiative der ungarischen Regierung zurückgeht, will durch die Ausbildung einer Führungselite zur Integration des mitteleuropäischen Raumes in die Europäische Union beitragen. In einem unpolitischen, streng nach fachlichen Prinzipien ausgerichteten postgradualen Studium sollen Führungskräfte herangebildet werden, die mit der Vergangenheit und Gegenwart Mitteleuropas vertraut sind und Verständnis für die Besonderheiten der Region haben. Die derzeitigen Studienangebote in den Fächern „Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften“, „Internationale Beziehungen – Wirtschaft“, „Internationale Beziehungen – Diplomatie“ und „Mitteleuropäische Studien“ sollen den Absolventen juristische, ökonomische und diplomatische Kenntnisse und Fähigkeiten vermitteln, die es ihnen ermöglichen werden, als Vertreter ihrer Länder die Integration der Region zu befördern.

Bereits im ersten Jahr haben sich ca. 60 Absolventen von ungarischen, deutschen, österreichischen, rumänischen, slowakischen und slowenischen Hochschulen an der *Guyala-Andrássy-Universität* eingeschrieben. Viel mehr sollen es auch künftig nicht werden (max. 75), um so die Qualität eines Studiums zu garantieren, das den Maßstäben einer Elite-Ausbildung gerecht wird. Das zweijährige (postgraduale) Zusatzstudium umfasst interdisziplinäre Ausbildungsangebote, erfolgt ausschließlich in deutscher Sprache, in einer aufgrund der Größe der Einrichtung als familiär zu bezeichnenden Atmosphäre und kann mit einem „Magister Artium“ (Master of Art) abgeschlossen werden. Die Studiengebühren betra-

gen derzeit pro Semester 100.000 HUF (ca. 430 €), sollen aber bereits im nächsten Studienjahr angehoben werden.

Die Finanzierung der Einrichtung erfolgt (außer über die erwähnten Studiengebühren) durch Zuschüsse vom ungarischen Staat, aber auch aus dem Ausland. So werden in den nächsten fünf Jahren je 2,5 Mio Euro aus Bayern und Baden-Württemberg an die Universität gezahlt, die Bundesregierung wird sich ebenfalls mit insgesamt 470.000 Euro beteiligen. Auch Österreich soll künftig in die Finanzierung eingebunden werden.

Quellen: Neue Züricher Zeitung vom 12.04.2002, S. 27; Süddeutsche Zeitung vom 26.11.2002, S. 14; Berliner Zeitung vom 04.12.2002, S. 14; <http://www.andrassyuni.hu>

ESTLAND

Neuere Entwicklungen im estnischen Hochschulwesen

Im Parlament der Republik Estland wurden im vergangenen Jahr (2002) umfangreiche Änderungen in den gesetzlichen Grundlagen zur Hochschulreform im Kontext des Bologna-Prozesses diskutiert und verabschiedet. Dies betraf insbesondere die Einführung von BA- und MA-Studiengängen an den nationalen Hochschulen, so dass die meisten Universitäten ihre Studienangebote bereits im akademischen Jahr 2002/03 entsprechend umgestellt haben. In diesem Zusammenhang erfolgte auch eine Einigung hinsichtlich einheitlicher Studienziele. Abhängig von der Fachrichtung dauern BA-Studiengänge zwischen drei und vier Jahren (wobei 180-240 ECTS angerechnet werden können), und MA-Studiengänge zwischen einem und zwei Jahren (wobei 60-120 ECTS angerechnet werden können). Postgraduale Ausbildungen werden auf drei bis vier Jahre limitiert (anstelle der bisherigen vier Jahre), wobei mit der Verkürzung der Studiendauer die Curricula in Umfang und Inhalt an die europäischer Universitäten angepasst wurden (Ausnahmen existieren weiterhin für bestimmte Fachrichtungen, wie z.B. die Medizin). Das zweistufige System wurde mit dem Studienjahr 2002/03 auf neuer gesetzlicher Grundlage eingeführt.

Eine weitere Differenzierung erfolgte in der berufsorientierten Hochschulausbildung an Fachhochschulen. Die Dauer von Fachhochschulaus-

bildungen wurde auf drei bis vier Jahre festgelegt (für die 180-240 ECTS angerechnet werden können), und die Anforderungen an die Fachhochschulausbildung wurden weitgehend vereinheitlicht. Bislang konnten estnische Fachhochschulen keine Master-Studiengänge anbieten. Mit den vorgenommenen Gesetzesänderungen eröffnen sich dafür neue Möglichkeiten, wenn die Fachhochschulen bestimmte Voraussetzungen erfüllen (wie z.B. in der Personalausstattung, bei der Kooperation mit Universitäten etc.).

Das in Estland seit 1997 existierende Akkreditierungssystem, basierend auf der Selbsteinschätzung der Einrichtung und dem peer-review-Verfahren, wird in Zukunft beibehalten. Angestrebt wird in diesem Kontext eine klare Aufgaben- und Kompetenzverteilung zwischen dem Bildungsministerium und dem Rat für Qualitätskontrolle im Hochschulbereich. Wichtige Vorschläge zur Veränderung betrafen die Kriterien, die die Einrichtungen erfüllen müssen, um den Status einer Universität zu erlangen.

Im Studienjahr 2001/02 haben 279 Studierende und 77 Hochschullehrer aus Estland über das ERASMUS-Programm die Möglichkeit zu einem Studien- oder Arbeitsaufenthalt im Ausland genutzt. Das Bildungsministerium des Landes erachtet es für notwendig, aus nationalen Ressourcen weitere Mittel bereitzustellen, um die Mobilität der Studierenden und Hochschulangehörigen zu erhöhen. Dies gilt vor allem auch im Hinblick auf den künftigen Bedarf an qualifizierten Hochschullehrern, so dass das Ministerium vorrangig Studierende in postgradualen Studiengängen in prioritären Bereichen (wie den technischen Fachrichtungen) fördern will.

Das geänderte Hochschulgesetz hat auch die Grundlagen für die Vergabe eines „Diploma Supplement“ geschaffen. Dieses – in englischer Sprache verfasste – Zertifikat soll zum einen eine Darstellung des estnischen Bildungssystems und zum anderen eine Beschreibung des erzielten Abschlusses beinhalten. Alle Studierenden, die nach dem Frühjahr 2003 ihr Studium beenden, werden bereits von dieser Änderung betroffen bzw. können davon profitieren.

Quelle: Legislative reforms in Estonia in relation to the European Higher Education Area. Developments as of November 2002, unter: http://www.aic.lv/rec/LV/new_d_lv/Latvija/konf_en.htm (International conference „Latvia in Bologna process“), Zugriff am 22.04.03

LETTLAND

Lettland im Bologna-Prozess: eine Bilanz

Anfang Dezember 2002 fand in der lettischen Hauptstadt Riga eine internationale Konferenz zum Bologna-Prozess unter Federführung der nationalen Hochschulrektorenkonferenz (Latvian Rectors' Council) und dem Informationszentrum ENIC/NARIC (European Networks of Information Centres/Network of National Academic Recognition Information Centres) mit Unterstützung des Finnisch-Lettischen bilateralen Projektes zur Anerkennung von Hochschulabschlüssen statt. Die Tagung befasste sich im Kern mit den Fortschritten des Landes bei der Umsetzung der Beschlüsse aus der Bologna-Erklärung. An der Konferenz nahmen auch Vertreter aus den anderen baltischen Staaten sowie aus weiteren nordischen Ländern und internationalen Organisationen teil. Alle drei baltischen Staaten aus dem ehemaligen Verbund der Sowjetunion gehörten 1999 zu den Erstunterzeichnern der Bologna-Erklärung.

Die Bilanz des Engagements Lettlands im Bologna-Prozess fällt – wie im Abschlussbericht und in der EntschlieÙung zur Konferenz dargestellt – durchweg positiv aus. Wie es dort heißt, sei die Mehrheit der nationalen Hochschuleinrichtungen aktiv an der Ausgestaltung des Bologna-Prozesses beteiligt. Lettland habe jetzt die technischen Vorbereitungen für eine Einführung des Diploma Supplement abgeschlossen. Einige Einrichtungen würden bereits diese Zusatzdiplome vergeben; dies sei aber noch keine durchgängige Praxis an den Hochschulen des Landes. Angestrebt werde, dass die nationalen Einrichtungen das Diploma Supplement automatisch bei Studienabschluss an alle Absolventen vergeben.

Bereits Anfang der 90er Jahre wurden in Lettland BA- und MA-Studiengänge eingeführt. Lettland sieht sich auf diesem Gebiet nach eigenen Angaben derzeit als einer der Vorreiter unter den Unterzeichnerstaaten der Bologna-Erklärung. Mit der Einführung des gestuften Studiengangsystems in Lettland kam es gleichzeitig zu einer strikten Trennung zwischen „akademisch orientierter“ und „beruflich-fachlich orientierter“ Hochschulausbildung. Viele lettische Hochschulen praktizieren auch das europäische Kredit-Punkte-System zur Anerkennung von Teilleistungen während eines Studiums.

Die Mobilität unter den Studierenden und Hochschulangehörigen hat seit der Unterzeichnung der Bologna-Erklärung leicht zugenommen. Um

eine spürbare Steigerung in der Mobilität zu erreichen, würden aber zusätzliche Finanzmittel benötigt, so ein Ergebnis der Konferenz, noch immer liege die Quote der „outgoing-Studierenden“ deutlich über dem Anteil der „incoming-Studierenden“. Aus diesem Grund werden zusätzliche Maßnahmen für notwendig erachtet, um vor allem Studierende, die aus den Ländern kommen, die an der Errichtung des europäischen Hochschulraumes beteiligt sind, zu einem (Teil-)Studium in Lettland zu motivieren.

Lettland verfügt über ein entwickeltes System der Qualitätskontrolle im Hochschulbereich, d.h. die Akkreditierung von Studiengängen und Hochschulen wird von Evaluierungskommissionen unter Beteiligung ausländischer Experten vorgenommen. In Zukunft soll der internen Qualitätskontrolle an Hochschulen mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Obwohl viele lettische Hochschulen mit ausländischen Partnern bei der Curriculumentwicklung zusammenarbeiten und bereits gemeinsame Ausbildungsprogramme entwickelt haben, werden noch keine gemeinsamen Diplome vergeben. Dies sei eines der nächsten Ziele im Kontext des Bologna-Prozesses.

Zur Koordination der künftigen Aktivitäten, die die Umsetzung der Bologna-Erklärung in Lettland fördern sollen, wird demnächst eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern des Bildungs- und Wissenschaftsministeriums, der Hochschulrektorenkonferenz, des Hochschulrates und der lettischen Studentenvereinigung gebildet.

Quelle: Latvian Rectors' Council unter:

http://www.aic.lv/rec/LV/new_d_lv/Latvija/conclusions.doc

RUSSLAND

Die Russische Föderation und die Bologna-Erklärung – widersprüchliche Entwicklungen

Der Bildungsminister der Russischen Föderation, Vladimir Filippov, hat Ende des Jahres 2002 während eines internationalen Workshops in St. Petersburg zum Thema „Die Integration der russischen Hochschulen in das gesamteuropäische Hochschulbildungssystem: Probleme und Perspektiven“ erklärt, dass es für die nationalen Hochschulen des Landes keinen

anderen Ausweg gäbe als die Integration in den gesamteuropäischen Hochschulraum. Auch wenn Russland nicht zu den Erstunterzeichnern der Bologna-Erklärung gehöre, rechne man damit, diese im Jahr 2003 zu unterzeichnen. Mit der Erfüllung der Anforderungen aus der Bologna-Erklärung sollen seinen Worten zufolge vor allem die russischen Hochschuldiplome für westliche Arbeitgeber verständlich gemacht werden. Und er führte noch einen weiteren Grund an, weshalb die Russische Föderation diese Erklärung jetzt unterzeichnen müsse: „um die Spielregeln vom Standpunkt der nationalen Interessen aus mitzubestimmen!“ (siehe unter: <http://www.informika.rutext/new/press> vom 04.12.2002).

Nur wenige Wochen zuvor hatte der Präsident des Landes, Vladimir Putin, die Richtlinien für eine Konzeption gebilligt, in der es um die staatliche Politik auf dem Gebiet der „Ausbildung von nationalen Kadern aus dem Ausland an russischen Bildungseinrichtungen“ geht. Dieses „Strategie-Papier“ zielt insbesondere auf das sogenannte „nahe Ausland“, d.h. auf die ehemaligen Republiken aus dem Bestand der Sowjetunion, die wieder in einem „einheitlichen Bildungsraum der GUS“ unter russischer Vorherrschaft (!) zusammengeführt werden sollten. Eindeutig wird in der Konzeption gesagt, dass es das erklärte Ziel der staatlichen Politik in diesem Kontext sei, „die geopolitischen und sozioökonomischen Interessen Russlands durchzusetzen“. Der Bologna-Prozess findet in der Konzeption auch Erwähnung, allerdings nur an einer Stelle mit einem Verweis darauf, dass die staatliche Politik das Ziel verfolge, die Einflüsse zu studieren, die von der Globalisierung des Bildungswesens in der ganzen Welt ausgehen, und die konzeptuellen und organisatorischen Grundlagen des Bologna-Prozesses dahingehend zu prüfen, ob eine Integration des russischen Bildungssystems unter Berücksichtigung der geopolitischen und sozioökonomischen Interessen des Landes möglich sei (siehe unter: <http://www.informika.ru>, Link: Osnovnye položenija Koncepzii gosudrstvennoj politiki Rossii (...), veröffentlicht am 05.12.2002).

KAUKASUS UND ZENTRALASIEN

Wissenschaft und Hochschulen entlang der Seidenstraße – eine Terra incognita?

„*Bildung und Wissenschaft entlang der Seidenstraße*“ war der Titel einer Veranstaltung zu Beginn des Jahres 2003, die vom DAAD in Bonn organisiert wurde. Die aus der Historie bekannte Verbindung zwischen Orient und Okzident, die inzwischen Gegenstand einer modernen „Seidenstraßenforschung“ (in der Archäologie, Geographie, Linguistik etc.) geworden ist, spielt heute zunehmend für den Wissenstransfer zwischen diesen beiden Regionen eine wichtige Rolle. Wie ist es aber um die Bildungs- und vor allem Hochschul- und Wissenschaftssysteme der Länder entlang der Seidenstraße bestellt, die sich nach dem Zerfall der Sowjetunion als neue (alte) Nationalstaaten konstituierten? Wie alle postkommunistischen Transformationsstaaten haben sie mit erheblichen bildungspolitischen Schwierigkeiten zu kämpfen, die in unserer Wahrnehmung – nach Aussagen des DAAD – bislang zumindest sträflich vernachlässigt wurden. Die schwierigen Bedingungen an den unterfinanzierten Hochschulen in der Region sind eine Aufgabe, vor denen die nationalen Regierungen aller Länder der Region stehen, die aber auch eine Herausforderung für ein internationales Engagements Deutschlands darstellen. Die Studiengänge an den Hochschulen müssen von Grund auf reformiert werden, wobei internationale Hilfe sehr gefragt ist – sei es in Form von Lehrmitteln, Lehrplänen oder Personal bis hin zur Einrichtung deutscher Fakultäten an bestehenden nationalen Hochschulen. Qualifizierten akademischen Nachwuchs in den Ländern heranzubilden, ist eine völlig neue Aufgabe, da dies früher zentral durch die „Union“ in Moskau erfolgte. Ein recht pessimistisches Bild der Hochschulausbildung in diesen Ländern entwarf eine ehemalige DAAD-Lektorin, die ein Projektbüro in Tiflis leitet. Sie meinte, dass Universitäten ihre Absolventen nicht für den Arbeitsmarkt ausbildeten, sondern dass dort nur die künftigen Arbeitslosen herangebildet würden.

Interessanterweise ist Deutsch immer noch eine der gefragtesten Fremdsprachen in den neuen unabhängigen Staaten in der Kaukasusregion und Zentralasiens. Gerade im letzten Jahr kamen etwa 1.000 Studierende (gefördert vom DAAD) aus den 8 Staaten entlang der Seidenstraße – aus Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan und der Kirgisischen Republik zu einem Hochschulstudium nach Deutschland.

Quellen: <http://www.daad.de>; FAZ vom 30.01.2003, S. 9/10; Berliner Zeitung vom 05.02.2003, S. 12

POLEN

Willy Brandt-Zentrum in Breslau eröffnet

Bundeskanzler Gerhard Schröder und sein polnischer Amtskollege Leszek Miller haben Mitte Juni 2002 das „Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europa-Studien“ an der Universität Breslau (Wroclaw) eröffnet. Es soll in Polen die wissenschaftliche Beschäftigung mit Deutschland und mit den deutsch-polnischen Beziehungen im zusammenwachsenden Europa fördern. Vom Herbst an werden sich dort junge Wissenschaftler aus den Kultur- und Sozial-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften auf ihre Dissertationen vorbereiten und dabei auch von deutschen Forschern betreut werden. Das Zentrum wird vom Deutschen Akademischen Austauschdienst und der Universität Breslau getragen. Sie stellt sechs Lehrstühle zur Verfügung und gewährt dem Zentrum autonomen Status.

Quellen: <http://www.kowi.de>; auch: <http://www.uni.wroc.pl/300-years/index.html>

BELARUS

Die Europäische Humanistische Universität – eine erfolgreiche Privathochschule in Minsk

Bereits seit 1992 existiert in der belarussischen Hauptstadt Minsk eine nicht-staatliche Hochschule: die Europäische Humanistische Universität (EHU). Zu den Gründern dieser Universität gehörten sowohl das Bildungsministerium der Republik Belarus als auch der Metropolit von Minsk und Sluzk, das Oberhaupt der belarussischen Orthodoxie. In ihrem inhaltlichen Profil orientiert sich die EHU am Vorbild der Central European University in Budapest. Wie alle privaten Hochschulen in Belarus (im Jahr 2000 insgesamt 14) unterliegt die EHU einer strengen Aufsicht und oft bis ins Detail gehenden Rahmenvorschriften des Bildungsministeriums. Den Absolventen der EHU ist nach wie vor der Zugang zum staatlichen Beschäftigungssektor verschlossen, die Diplome werden jedoch im In- und Ausland anerkannt. Die Finanzierung der Hochschule erfolgt hauptsächlich durch Zuwendungen der Open Society Foundation (George

Soros), durch Programme der Europäischen Union und einige ihrer Mitgliedsstaaten sowie durch Studiengebühren. Derzeit gibt es 10 Fakultäten an dieser Hochschule. Seit Juni 1998 gehört dazu auch ein Institut für Deutschlandstudien.

Seit ihrer Gründung wird die EHU durch den Rektor Anatoly Michailov, Professor der Philosophie und Mitglied der Belarussischen Akademie der Wissenschaften, geleitet. Michailov wurde am 6. März 2003 vom französischen Botschafter in der Republik Belarus mit der Auszeichnung eines Ritters der „Akademischen Palmen“ geehrt. Zu den Fakultäten an der EHU gehört seit 1993 eine Französisch-Belarussische Fakultät für Politik- und Verwaltungswissenschaften. Die französische Botschaft betonte bei der Auszeichnung von Michailov, dass man damit nicht nur sein hervorragendes pädagogisches Talent ehren wolle, sondern dass dies auch eine Auszeichnung für die ganze Einrichtung sei.

Quellen: Michael Staack (Gründungsdirektor des Instituts für Deutschlandstudien an der EHU Minsk, West-östliche Bildungsk Kooperation (internes unveröff. Papier); <http://www.bdg.by/news/news.htm?40247,1> (Link: Rektor EHU nagražden franzuzkim ordenom)

Zusammenstellung und Bearbeitung:
Christine Teichmann (Wittenberg)